



Jan Ole Wiechmann

Sicherheit neu denken

Die christliche Friedensbewegung in der BRD zu Beginn der achtziger Jahre



Die jüngste historische Forschung hat für die frühen siebziger Jahre einen epochalen Wandel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik festgestellt. Der Reform- und Fortschrittsoptimismus, der gerade die politische Rhetorik bis in die Zeit der Regierung Brandt hinein prägte, wich im Laufe dieses Jahrzehnts einem allgemeinen Krisenbewusstsein. Im ökonomischen Bereich sind vor allem der Zusammenbruch der Weltwirtschaftsordnung, die Ölkrise und die Massenarbeitslosigkeit zu nennen. In der Bevölkerung schwand insgesamt das Vertrauen in die gesellschaftliche Entwicklung und die traditionelle Politik. Zum Ende der siebziger Jahre verschärfte sich zudem der Ost-West-Konflikt dramatisch, so dass der Ära der Entspannung ein „zweiter Kalter Krieg“ folgte. Unmittelbar mit dieser Entwicklung verbunden war ein Ereignis, das sich im Dezember 2009 zum dreißigsten Mal jährte: der NATO-Doppelbeschluss.



pax christi in der Wissenschaft

pax christi selbst aber auch die Friedensbewegung allgemein sind aktuell Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. Die pax zeit präsentiert in diesem Jahrgang vier ausgewählte Dissertationsprojekte. Den Start macht Jan Ole Wiechmann über die friedensbewegten Zeiten gegen den Nato-Doppelbeschluss. In der nächsten Ausgabe wird es um die Begleitung jüdischer Zeug/innen zu den Nürnberger Prozessen gehen.

Am 12. Dezember 1979 vereinbarten die NATO-Staaten in Brüssel, knapp 600 atomare Mittelstreckenwaffen in Westeuropa zu stationieren. Dieser Beschluss, der als NATO-Doppelbeschluss bekannt werden sollte, wurde in erster Linie mit der Aufstellung der sowjetischen SS-20-Raketen begründet, auf deren Bedrohung nicht zuletzt der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt aufmerksam gemacht hatte. Um einen doppelten Beschluss handelte es sich, weil die Entscheidung über die Stationierung der NATO-Raketen an Gespräche mit Moskau gekoppelt war. Die Aufstellung der neuen Waffen sollte so erst Ende 1983 „im Licht konkreter Verhandlungsergebnisse“ vorgenommen werden.

Wie in anderen europäischen Ländern rief der NATO-Doppelbeschluss auch und besonders in der Bundesrepublik tiefgreifende Debatten hervor, die in die Entstehung einer großen friedenspolitischen Protestkultur mündeten. Diese „neue Friedensbewegung“ wurde zu einer außerparlamentarischen Massenbewegung, die die westdeutsche Gesellschaft in dieser Dimension noch nicht gekannt hatte. Riesige Demonstrationen mit jeweils mehreren hunderttausend Menschen, dazu Unterschriftenaktionen und Appelle, öffentliche Auseinandersetzungen und vielfältige Aktionsformen prägten das Bild der frühen achtziger Jahre in der Bundesrepublik entscheidend mit.

Dass DER SPIEGEL seine Titelgeschichte zur neuen Friedensbewegung im Vorfeld des Evangelischen Kirchentages 1981 mit dem Zitat „Selig sind die Friedfertigen“ überschrieb, ist gewiss kein Zufall. Die religiöse Semantik war hier mehr als nur ein Wortspiel, denn die christlichen Friedensinitiativen gehörten ohne Zweifel zu den bedeutsamsten Trägern der heterogenen Gesamtbewegung. Ihre Vorreiterrolle gilt dabei nicht nur im Hinblick auf die Organisation der Aktivitäten, sondern auch für die inhaltliche Prägung und die moralische Autorität.

Interkonnfessioneller Schulterschuss

Bemerkenswert ist dabei der Umstand, dass sich die christliche Friedensbewegung der achtziger Jahre durch ihre Interkonfessionalität auszeichnete. Während es in den vorangegangenen Jahrzehnten einen deutlichen Überhang protestantischer Friedensproteste gegeben hatte, erwachte mit Beginn der breiten öffentlichen Diskussion um den NATO-Doppelbeschluss auch die friedens- und sicherheitspolitische Debatte im katholischen Bereich aus ihrem „Dornröschenschlaf“, in den sie – von wenigen Ausnahmen abgesehen – in den frühen fünfziger Jahren gefallen war. Die vielen ökumenischen Aktivitäten – u.a. Tagungen, Demonstrationen, Friedenswochen,





Die existenzielle Bedrohung motivierte in den 1980er Jahren Hunderttausende von Menschen zu friedenspolitischen Protesten.
Fotos: Udo Leuschner

ein „Widerstandstag der Christen“ – sollten nun der gemeinsamen Sorge um den Frieden Ausdruck verleihen. Die Interkonfessionalität ist darüber hinaus ein Indiz für die erstmals in dieser Form gegebene gesamtgesellschaftliche Breite des friedenspolitisch motivierten Protests in der Bundesrepublik.

Leitbegriff der Gemeinsamen Sicherheit

Auch wenn der NATO-Doppelbeschluss als ein wesentlicher Anlass für die neue Friedensbewegung betrachtet werden kann, so lagen die Ursachen für die Massenmobilisierung tiefer in der bundesrepublikanischen Gesellschaft verankert. Nachdem die westdeutsche Bevölkerung drei Jahrzehnte zwischen Verdrängung und Unbehagen unter dem „Damoklesschwert“ der nuklearen Abschreckung gelebt hatte, wurden nun Überlegungen über die Notwendigkeit eines ganz neuen Sicherheitsdenkens angestellt, das sich nicht mehr auf die Abschreckung mit Atomwaffen stützen sollte. Sehr intensiv wurden solche Ideen auch und gerade in den christlichen Friedensgruppen entwickelt. Dabei haderte man vielfach mit dem Begriff der Sicherheit, der im „Krisenjahrzehnt“ der siebziger Jahre die politische Sprache zu dominieren begann. Die Christen in der Friedensbewegung erstrebten vielmehr einen Frieden im weiten Sinne des biblischen „Shalom“. Dieser theologischen Zielangabe mussten jedoch konkrete politische Aussagen folgen, um in der gesellschaftlichen Diskussion Einfluss nehmen zu können. So war es die pax christi-Plattform „Abrüstung und Sicherheit“,

die im November 1980 feststellte: „So wenig wir als Christen den Wert Sicherheit als ein letztes Ziel unseres Engagements setzen können, so sehr sind wir doch verpflichtet, eine politische Sicherheit jenseits angedrohter gegenseitiger Vernichtung zu suchen.“ Bei dieser Suche schien man schließlich mit dem Schlagwort der „Gemeinsamen Sicherheit“ einen Leitbegriff gefunden zu haben, der in der neuen Friedensbewegung vor allem seit 1982 aufgenommen wurde. Das christliche Spektrum postulierte die Idee einer Gemeinsamen Sicherheit vielfach als Konkretisierung der biblischen Feindesliebe und als politische Notwendigkeit. Der Grundgedanke dieses Konzepts war dabei, dass im nuklearen Zeitalter und in einer Welt zunehmender globaler Abhängigkeiten und Risiken Überleben nur noch zusammen mit dem Gegner möglich sei. Die Gefahr durch Atomwaffen mache ein Sicherheitsdenken obsolet, in dem Sicherheit in militärischen Kategorien von Abgrenzung und Abwehr gedacht werde. Nicht zuletzt hatte die fortschreitende Entwicklung der Waffentechnologie, die mit immer treffsicheren und schnelleren Nuklearraketen die Gewinnbarkeit von Atomkriegen in Aussicht stellte, zwei grundsätzliche Dilemmata des Abschreckungssystems offenbart. Zum einen hielten die christlichen Initiativen die Drohhpolitik im Ost-West-Konflikt für gefährlich, weil diese zwangsläufig den Rüstungswettlauf beschleunige und die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Auseinandersetzung erhöhe. Die Mittel der Sicherheitsproduktion selbst, die Nuklearwaffen, wurden aufgrund ihrer

Zerstörungspotenziale als größere Gefahr wahrgenommen als der konkrete Gegner, die Sowjetunion. Zum anderen beschränkten sich die christlichen Gruppen aber nicht nur auf den Ost-West-Konflikt, sondern sie weiteten das Konzept Gemeinsamer Sicherheit unter besonderer Berücksichtigung des Nord-Süd-Gefälles auf die globale Ebene aus. In diesem Sinne sprach pax christi von der „Provinzialität unseres Sicherheitsdenkens“. Die starke Fixierung auf die militärische Rüstung im Ost-West-Konflikt, so führte die ökumenische Initiative Schritte zur Abrüstung 1981 exemplarisch aus, „bindet die kreativen Kräfte, die wir für die Lebensprobleme unserer ganzen Zivilisation brauchen, so wie wir das Geld, das wir jetzt in unsere Rüstung stecken, dringend nötig haben, um in den Teilen der Erde Lebensmöglichkeiten zu schaffen, von deren friedlicher Entwicklung auch unsere Sicherheit abhängt“. Die hier nur angedeutete Konzeption der Gemeinsamen Sicherheit kann insgesamt als Summe des neuen Sicherheitsdenkens in der christlichen Friedensbewegung bezeichnet werden, das mit dem Ziel einer grundsätzlichen Umkehr in der Sicherheitspolitik weit über die Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses hinauswies.

Bewusstheit für die Folgen der Moderne

Wenn man die neue Friedensbewegung vor ihrem zeitgeschichtlichen Hintergrund zwischen Ölkrise und „zweitem Kalten Krieg“ betrachtet, so gehört sie als Teil der Neuen so-

Lesen Sie weiter auf Seite 18





pax christi beim ÖKT 13. – 16. Mai in München

Menschen machen Frieden konkret – ist das Motto des pax christi-Standes auf der Agora in den Messehallen. Unsere Stand-Nummer ist die B6 K24. Besuchen Sie uns von Donnerstag bis Samstag!

Veranstaltungen

pax christi und Versöhnungsbund

■ Wollen wir, dass Soldaten unseren Wohlstand sichern?

Ressourcen als Hintergrund bewaffneter Einsätze in Afghanistan, an den Außengrenzen der EU und anderswo
Mit Andreas Zumach, Karl Kopp (pro Asyl) und Clemens Ronnefeld

Freitag, 14:00-15:30 Uhr, Kongresshalle Theresienhöhe

pax christi Freising und Diözesanrat Dresden/Meißen

■ „Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung“ Gestern-Heute-Morgen

Freitag, 16.00-17.30 Uhr, Kongresshalle Theresienhöhe

Forum Frieden stiften

■ Wie macht man Frieden. Antworten aus Kirche und Politik

u.a. mit Bischof Heinz Josef Algermissen

Freitag, 16.00-18.00 Uhr, Eissporthalle Olympiagelände

GKKE und Justitia et Pax

■ Mit Kochlöffeln oder Pistolen – wie viel Sicherheit braucht Entwicklung?

u.a. mit Erzbischof Monsengwo, Co-Präsident Pax Christi International

Freitag, 19.00-20.30 Uhr, Messegelände Saal 05

Friedensgottesdienst

■ Um Frieden bitten – Menschen beten für Afghanistan

u.a. mit Johannes Schnettler

Freitag, 21.30 Uhr in St. Markus, Innenstadt

Freiwillige aus Friedensdiensten von pax christi und Eirene berichten aus der Praxis

■ Ein Jahr für den Frieden – für Freiwillige konkret machbar

Samstag 14.00-15.30 Uhr im Zentrum Jugend

Forum Frieden und Sicherheit

■ Afghanistan – Krieg ohne Ende? Von der schwierigen Suche nach Frieden

u.a. mit Bischof Heinz Josef Algermissen

Samstag, 14.00-15.30 Uhr, Eissporthalle Olympiagelände

Fortsetzung von Seite 17

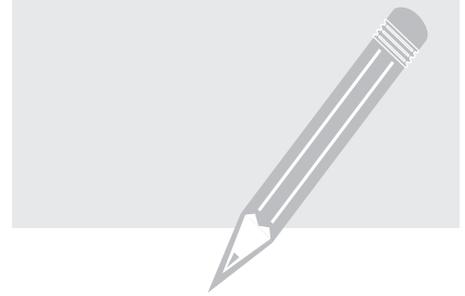
zialen Bewegungen zu einem grundsätzlichen gesellschaftlichen Konflikt um die wissenschaftlich-technische Fortschrittszivilisation. Die durch den Menschen selbst geschaffenen Gefahren der Umweltverschmutzung, Gentechnologie, Atomenergie und Atombewaffnung wurden in den siebziger und achtziger Jahren verstärkt als existentielle Bedrohungen wahrgenommen. Direkte Erfolge konnten die Protestbewegungen meist nicht verbuchen; die Stationierung der NATO-Raketen setzte der Bundestag 1983 durch, das Atomkraftwerk Brokdorf ist heute noch in Betrieb und auch der Bau der Startbahn West in Frankfurt wurde nicht verhindert. Allein die Problematisierung dieser „Überlebens-themen“ hat jedoch zweifelsfrei dabei geholfen, das Bewusstsein in der

Bevölkerung um die Folgen der Moderne auf eine neue Stufe zu heben. Die unbestreitbare Aktualität dieser Thematik kann uns so heute einmal mehr verdeutlichen, dass Geschichte immer auch Gegenwart ist. ■

Jan Ole Wiechmann ist Doktorand an der Philipps-Universität Marburg und arbeitet dort über die Sicherheitskonzepte in der christlichen Friedensbewegung der Bundesrepublik in den ausgehenden 1970er und beginnenden 1980er Jahren.



Friedensdemonstration 1982.
Foto: Udo Leuschner



Präsidiumsnotizen

Das auf der Delegiertenversammlung neu gewählte Präsidium hat mittlerweile zwei Mal in Fulda getagt. Ein zentrales Thema war die Afghanistanpolitik der Bundesregierung. Ihre kritische Begleitung bleibt ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Ausdruck davon ist sowohl die Erklärung unseres Präsidenten „Mut zur Wahrheit – der Militäreinsatz ist gescheitert“ vom 19. Januar und die Beteiligung an den Protestaktionen „Kein Soldat mehr“ im Vorfeld der Entscheidung des Deutschen Bundestages über die Truppenaufstockung der Bundeswehr in Afghanistan.

Weiter gearbeitet wurde mit all den Anträgen, die bei der Delegiertenversammlung aus Zeitgründen nicht mehr beraten werden konnten. Im Zusammenhang mit dem auch in den Basisgruppen und Bistumsstellen noch weiter zu diskutierenden Antrag der Nahostkommission für ein Positionspapier zur **Nahostpolitik** von pax christi wurde der Aufruf palästinensischer Christ/innen zur Beendigung der Besetzung intensiv diskutiert. Das Präsidium sieht sich herausgefordert, die Option der palästinensischen Christi/innen für gewaltfreien Widerstand in ihrer Situation der „Hoffnung wider alle Hoffnungslosigkeit“ hier in Deutschland bekannt zu machen. (dazu auch S. 6/7 dieser pax zeit).

Auf Beschluss des Präsidiums beteiligt sich pax christi an dem Prozess, eine **ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft** „Kirchen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ zu gründen. Ob es gelingt und welche Strukturen es dafür braucht, wird im kommenden Jahr geprüft.

Auch die Idee zur Erklärung des Geschäftsführenden Vorstandes anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz „Damit Erinnern für die Zukunft gelingt“ wurde im Präsidium geboren.

Für den April ist eine Klausurtagung zu Zukunftsfragen der pax christi-Bewegung geplant. ■

Christine Hoffmann